

STIMMRECHT OHNE EINBÜRGERUNG?

Die kantonale Verfassungsinitiative «zäme läbe – zäme schtimme» verlangt, dass Gemeinden ihren ausländischen Bewohnerinnen und Bewohnern unter bestimmten Voraussetzungen das Stimm- und Wahlrecht erteilen können. Die EVP hat einige Bedenken.

Auf lokaler Ebene drückt der Einbezug möglichst breiter Bevölkerungsschichten bei Entscheidungen Bürger-nähe aus. Die nun zur Abstimmung gelangende Verfassungsänderung betrifft nur kommunale Wahlen und Abstimmungen inklusive die Mög-



Hans Kipfer

lichkeit, sich dort in Behörden wählen zu lassen bzw. Initiativen und Referenden zu unterzeichnen. Die Initiative will den einzelnen Gemeinden die Möglichkeit geben, das kommunale Stimm- und Wahlrecht an jene Ausländer/innen zu erteilen, die mindestens seit zehn Jahren in der Schweiz, seit fünf Jahren im Kanton und seit drei Monaten in der betreffenden Gemeinde wohnen.

Argumente für die Initiative

- Ausländer können in die Gestaltung des Gemeinwesens einbezogen werden.
- Verbindendes Know-how aus unterschiedlichen Kulturen und Weltanschauungen kann lokal genutzt werden.
- Wer die kommunale Infrastruktur mitfinanziert, soll auch mitbestimmen können.

Argumente gegen die Initiative

- Das Stimm- und Wahlrecht ist nicht Mittel zur Integration, sondern Folge davon und wird mit dem Schweizer Bürgerrecht erteilt.
- Jede Gemeinde könnte die neuen Bestimmungen anders handhaben.
- Die Bürger eines Staates sollen vorgeben, wie die Gesellschaft zu gestalten ist.

Die EVP-Grossratsfraktion hat sich, wenn auch nicht einstimmig, gegen die Initiative ausgesprochen. Integration ist zwingend voranzutreiben. Doch unter dem Aspekt der Parallelgesellschaften dürfte die Initiative kontraproduktiv sein. Es scheint sinnvoller, das Stimm- und Wahlrecht nur Schweizer Bürgern vorzubehalten.

Hans Kipfer, Grossrat EVP

Votation cantonale du 26 septembre

Une majorité de la fraction du PEV s'est prononcée contre l'initiative «vivre ensemble, voter ensemble».

Pour: Les étrangers sont intégrés dans la gestion de leur commune, leur savoir-faire, leur connaissances, leur culture peuvent être utiles et enrichissantes. Ils co-financent l'infrastructure locale, autant participer aux décisions.

Contre: Le droit de vote est une conséquence de l'intégration, non pas un moyen. Il s'obtient avec la naturalisation. Chaque commune pourrait interpréter différemment les nouvelles dispositions. C'est aux citoyens d'un Etat de façonner la société. Pour l'instant, il semble plus judicieux de limiter le droit de vote aux seuls citoyens suisses afin d'éviter des sociétés parallèles.

GEMEINDEWAHLEN 2010

EVP BLEIBT AM BALL

Im Herbst finden in mehreren Gemeinden des Kantons Wahlen statt. Die EVP blickt trotz neuer politischer Konkurrenz zuversichtlich in die Zukunft und kämpft vielerorts um Gemeinderats- und Kommissionsitze.

Hier ein Überblick über den ersten Teil der Gemeindevahlen 2010 mit EVP-Beteiligung: Die EVP **Lützel-flüh** hat ambiziose, aber nicht unrealistische Ziele. Am 24. Oktober kämpft sie um einen zweiten Sitz im Gemeinderat. Zudem will sie mit ihrem



Beat Iseli

bisherigen Gemeinderatspräsidenten Beat Iseli das neue Amt des Gemeindepäsidenten erringen.



Ursula Sutter

Gleichentags finden auch in **Melchnau** Gemeindevahlen statt. Die EVP hat sich zum Ziel gesetzt, mit den Bisherigen Ursula Sutter (Gemeinderat; vgl. Interview auf Seite 3) und Christine Gafarè (Schulkommission) ihre Mandate erfolgreich zu verteidigen.

In **Roggwil** werden die Behördenmitglieder am 31. Oktober neu gewählt. Die EVP kandidiert für

die Bildungskommission. Spitzenkandidat auf der EVP-Liste ist Florens Macario.



Florens Macario

Am gleichen Tag finden in **Signau** kommunale Wahlen statt. Die EVP will



Andreas Jutzi

ihren Sitz in der Schulkommission mit dem Bisherigen Andreas Jutzi halten.

Lukas Zimmermann-Oswald Assistent Geschäftsführung EVP BE

RATHAUSPOST

WAHLEN, AKW UND ZWANGSHEIRATEN

Die Juni-Session war als erste der neuen Legislatur stark geprägt von Wahlen. Die EVP war bei diesen wie auch mit einer Motion gegen Zwangsheiraten erfolgreich.

Zuerst ging es um die Konstituierung des Grossen Rates. Unsere Fraktion wird mit Hans Kipfer im Ratsbüro, Ruedi Löffel in der Finanzkommission, Markus Grossen in der Oberaufsichtskommission und Marc Jost in der Justizkommission vertreten sein. Vielen Dank den Betreffenden für ihr Engagement!

Die Justizreform bescherte dem Rat eine Flut von Richterwahlen. Aus Sicht der EVP freuen wir uns, dass unsere Parteimitglieder **Christine Schauer** und **Martin Müller** (beide bisher) als Richter/in ans Regionalgericht gewählt wurden und **Jürg Zinglé** neu ans Zwangsmassnahmengericht. Wir gratulieren ihnen zur (Wieder-)Wahl und wünschen ihnen Weisheit und Gottes Segen in ihrer Arbeit.

Von all den Geschäften in dieser Session, in der unsere Fraktion engagiert beteiligt war, möchte ich folgende zwei besonders erwähnen:

Zukunft des AKWs Mühleberg

«Der Kanton Bern befürwortet das Rahmenbewilligungsgesuch für das Ersatz-Kernkraftwerk Mühleberg.» So lautet der Titel einer Motion, die von



Josef Jenni

vier bürgerlichen Grossräten eingereicht und nun behandelt wurde. Sie verlangten unter anderem vom Regierungsrat, dem Grossen Rat eine Stellungnahme an die Bundesbehörden

vorzulegen, in der sich der Kanton Bern positiv zum Gesuch um den Ersatz des Kernkraftwerkes Mühleberg ausspricht. Die Regierung empfahl den Vorstoss zur Ablehnung. Für die EVP-Fraktion plädierte **Josef Jenni** im Namen der Fraktionsmehrheit für Ablehnung der Motion. Als klarer Gegner der Kernenergie empörte er sich, dass die AKW-Befürworter den Regierungsrat in dieser Frage als unverantwortlich, realitätsfremd und naiv bezeichneten. Es sei nicht verantwortungslos sich gegen eine Technik zu wehren, die erwiesenermassen grosse Risiken beinhalte. Nach wie vor sei das Problem der radioaktiven Abfälle alles andere als gelöst. Der Rat unterstützte jedoch mehrheitlich die Motion; die Atomdiskussion wird in der Novembersession weitergehen. Auch die EVP wird gefordert sein, sich in dieser Thematik zu positionieren.

EVP-Motion gegen Zwangsheiraten Im Dezember 2009 reichten **Daniel Steiner-Brütsch** und **Ruedi Löffel**



Daniel Steiner-Brütsch

eine Motion mit folgender Forderung ein: «Der Regierungsrat des Kantons Bern wird beauftragt, geeignete Massnahmen zur Erkennung und zum Schutz von Opfern von Zwangsheiraten und zur Verhinderung von Zwangsheiraten zu ergreifen.» In ihrer Begründung legten sie dar, dass eine erzwungene Heirat das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Person in schwerwiegender Weise verletze und somit eine Menschenrechtsverletzung sei. Der Staat habe die Pflicht, die von Zwangsheirat betroffenen und bedrohten Personen zu schützen, indem er präventiv und repressiv gegen Zwangsheiraten vorgehe und Auswege aus erzwungenen Ehen biete. Der Regierungsrat ging mit den Motionären einig, dass im Zusammenhang mit Zwangsheiraten zusätzliche Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit zur Aufdeckung weiterer Fälle hilfreich ist und dass eine Vernetzung der in diesem Bereich tätigen Verwaltungsstellen und Hilfsinstitutionen angestrebt werden sollte. Geeignete



Ruedi Löffel

Massnahmen seien zu prüfen und bei Bedarf umzusetzen. Deshalb empfahl er, den Vorstoss in der unverbindlichen Form des Postulats anzunehmen. Quer durch alle Fraktionen hindurch war man sich indessen einig, dass es in diesem Bereich Regelungen, Richtlinien und Weisungen braucht, die zwingend angewendet und umgesetzt werden. Die Betroffenen müssen spüren und erfahren, dass sie in diesen Momenten nicht allein gelassen werden, sondern Hilfe und Unterstützung in Anspruch nehmen können. Der EVP-Vorstoss wurde vom Grossen Rat fast einstimmig in der verbindlichen Form der Motion gutgeheissen.

Marianne Streiff-Feller

Session du Grand Conseil

Lors de cette 1^{re} session de la nouvelle législature, le Grand Conseil s'est constitué. Hans Kipfer représentera le PEV au sein du bureau, Ruedi Löffel a été élu membre de la commission des finances, Markus Grossen membre de la commission de haute surveillance et Marc Jost membre de la commission de justice. Christine Schauer et Martin Mueller ont été réélus juges au tribunal régional et Jürg Zinglé juge au Tribunal cantonal des mesures de contrainte.

Grosse Solidarität

In der letzten Ausgabe der «Berner EVP» mussten wir als EVP Kanton Bern noch offene Rechnungen von 100'000 Fr. bekanntgeben und fragten uns nach den Gründen für diesen dramatischen Spendeneinbruch. Nach einem an der Delegiertenversammlung in Frutigen beschlossenen einmaligen Spendenaufwurf wurden wir von überwältigender Solidarität und einem grosszügigen Spendeneingang überrascht.

Mittlerweile konnten alle Rechnungen der vergangenen Grossratswahlen beglichen werden. Herzlichen Dank allen Spenderinnen und Spendern für die grosszügige Unterstützung. Mit kleinen und grossen Beträgen hat Ihr Eure Wertschätzung für die Arbeit der EVP gezeigt.

Diese einmalige Solidarität ermutigt uns zu neuem Aufbruch wie auch dazu, die uns zur Verfügung gestellten Mittel weiterhin sorgfältig einzusetzen. Wir sind auch in Zukunft auf Ihre wertvolle Unterstützung angewiesen. Die nächsten Wahlen folgen bald.

Gerhard Baumgartner Präsident EVP Kanton Bern

EVP - WERTEBASIS

9 WERTE

Die folgenden neun Werte erachtet die EVP als zentral für ihre Tätigkeit (vgl. www.lebenswerte.ch).

- **Glaubwürdigkeit:** Ich sage, was ich tue, und ich tue, was ich sage.
- **Verantwortung:** Ich nehme mein Leben in die Hand. Ich schaue zu meinen Mitmenschen.
- **Selbstbeschränkung:** Ich weiss um meine Grenzen und nehme Rücksicht auf andere.
- **Wertschätzung:** Ich schätze jeden Menschen mit seinen Stärken und Schwächen.
- **Gerechtigkeit:** Ich setze mich für das Recht meiner Mitmenschen ein.
- **Solidarität:** Ich mache das Anliegen anderer zu meinem Anliegen.
- **Nachhaltigkeit:** Ich erhalte die Umwelt für die Generationen nach mir.
- **Zielorientierung:** Ich weiss, was ich will.
- **Frieden:** Ich suche die Versöhnung mit Gott, mit mir, mit meinen Mitmenschen.

Une solidarité immense

Dans la dernière édition du Journal «PEV bernois», le PEV du Canton de Berne annonçait qu'il restait encore environ 100'000 francs de factures impayées, sans aucune explication convaincante concernant la diminution des dons. Suite à un appel unique au don décidé lors de l'assemblée des délégués à Frutigen, les dons ont afflué et la solidarité envers le PEV a été immense.

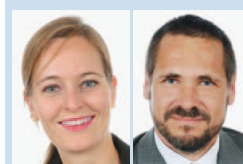
Toutes les factures concernant les élections au Grand Conseil ont pu être réglées. Un immense merci à toutes les donatrices et tous les donateurs pour le soutien généreux que vous avez apporté. Vos dons ont montré la valeur que vous accordez au travail du PEV.

Cette solidarité unique nous encourage à progresser et à continuer d'employer avec prudence et intelligence les moyens mis à notre disposition.

A l'avenir encore, votre soutien nous sera d'une aide précieuse. Les prochaines élections sont à notre porte.

Gerhard Baumgartner Président du PEV du Canton de Berne

Wechsel im Grossen Rat



Melanie Beutler Niklaus Gfeller

Als Nachfolgerin von Marianne Streiff-Feller nimmt neu die 33-jährige Melanie Beutler-Hohenberger, Gemeinderätin von Mühleturmen, für die EVP im Grossen Rat Einsitz. Der 47-jährige Grossrat Niklaus Gfeller, Gemeindepräsident von Worb, übernimmt neu das Präsidium der EVP-Fraktion im Kantonsparlament.

Deux thèmes d'actualité

Nouvelle centrale nucléaire de Mühleberg: Le PEV rejette une motion concernant une demande d'autorisation générale. Josef Jenni critique le principe de continuer avec une source d'énergie non-renouvelable et nuisible. Le débat continuera lors de la session d'automne. La motion de Daniel Steiner-Brütsch et Ruedi Löffel concernant le problème des mariages forcés a été adoptée par le Grand Conseil presque à l'unanimité.